Unterhaltung, Geschäftsverkehr.
Börsenbericht. Fremdenliste.
Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75. — Annahme v. Ankündigungen Marienstr. 38 b. 8—6, Sonntags bis 12 Uhr. In Neustadt: Gr. Klostergasse 5, nur an Wochentagen bis 5 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (angefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Sonntags oder nach Festtagen 20 Pfg. Unterm Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg. Eine Bürgschaft für die nächsttägige Aufnahme der Anzeigen wird nicht gegeben. Auswärtige Ankündigungsaufträge gegen Vorausbezahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme.
Für Rücksende eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaus an.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

35. Jahrgang.
Aufl. 48,500 Stück.
Dresden, 1890.

Julius Beutler, Dresden, Wallstr. 7,
empfiehlt in **grösster** Auswahl:
Eiserne Oefen und **Herde, Haus-, Küchen-** und **Landwirthschafts-Geräthe.**

Martin's Patent-Waschmaschine gen. „Der Wäscheschoner".

Täglich eingeh. Anerkennungen beweisen die Vorzüglichkeit.
G. Troltzsch, Dresden
32 Marienstrasse 32.

Glaswaaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes, empfehlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rihl & Sohn,
Neumarkt 11. Fernsprechstelle 1119.

Preuss & Brendecke, Dresden,
König-Johannstrasse 3, part. u. I. Et.
en gros **Posamenten und Knöpfe** en detail
Eigene Anfertigung von Posamenten.

Moritz Hartung,
Altmarkt 13 und Hauptstrasse.
Posamenten, seidenes Band, Spitzen, Handarbeits- und alle **Damenschneider-Artikel.**

Dresdener Vernickelungs-Anstalt von Otto Büttner, Falkenstrasse 1—3.

Nr. 116. Spiegel: Fürst Bismarck und die „Hamburger Nachrichten". Nothlage der Landwirthschaft in den Ostprovinzen. Der 1. Mai. Fernsprechberichte. Hofnachrichten. Stadtverordnetensitzung. Der Kontraktbruch. Gerichtsverhandlungen. Kunstverein. | **Sonnabend, 26. April.**

Für die Monate Mai und Juni

werden Bestellungen auf die **„Dresdner Nachrichten"** für Dresden bei unterzeichneter Geschäftsstelle zu **1 Mark 70 Pfennigen,** für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete zu 1 Mark 84 Pfennigen, in Oesterreich zu 1 Gulden 34 Kreuzer (ausschließlich Aufgeld) angenommen.

Die geehrten Leser, die die **„Dresdner Nachrichten" außerhalb Dresdens** nachgesandt wünschen, haben die erforderliche Ueberweisungsgebühr (im 1. Monat des Kalender-Vierteljahres 60 Pfge., im 2. Monat 40 Pfge. und im 3. Monat 20 Pfge.) nebst etwa noch zu entrichtender Bezugsgebühr **vor der Abreise** an uns einzuschicken. Die werthen auswärtigen Bezieher dagegen wollen sich in gleicher Angelegenheit nur an das betr. Postamt wenden, durch welches die gegenwärtige Bestellung erfolgt. Ueberweisungen innerhalb des deutschen Reichsgebietes, sowie nach Bayern und Württemberg werden daselbst gegen eine Gebühr von 50 Pfge., im Verkehr mit Oesterreich-Ungarn und fremden Ländern gegen eine solche von 1 Mark ausgeführt.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten"
Marienstraße 38.
Geöffnet { an Wochentagen von Vorm. 8—6 Uhr Nachm.
an Sonn- und Festtagen von Vorm. 8—12 Uhr Mittags.

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Hätte Fürst Bismarck wirklich die Absicht gehabt, in den Parlamenten zu erscheinen, so hätte er diese Absicht gewiß auch dem Centralverband der deutschen Industriellen mitgetheilt, die ihn neulich besuchten. Dies ist aber nicht geschehen. Das Hamburger Blatt hat also vermuthlich geflunkert und damit dem Fürsten Bismarck keinen guten Dienst erwiesen. Auch sonst muß das Blatt denselben arg mißverstanden haben. Es muß jetzt mittheilen, daß Fürst Bismarck mit seinem Amts-Nachfolger Caprivi befreundet sei und es zu bleiben wünsche, er hege gegen ihn Hochschätzung wegen seiner persönlichen Eigenschaften und wünsche deshalb, daß Herr v. Caprivi von dem Hamburger Blatte „mit Rücksicht" behandelt werde. Seltsam! Unmittelbar nach der Unterredung des Redakteurs der „Hamb. Nachr." mit dem Fürsten Bismarck erschien jener gehässige Aufsatz, worin von den „Männern des neuen Regiments mit recht schwachem Prestige" geredet und ihnen die Befähigung abgesprochen wurde. Die „Hamburger Nachr." thäten also wohl daran, wenn sie wieder des Vertrauens des Fürsten Bismarck gewürdigt werden, genauer hinzuhorchen, damit sie nicht ein übles Licht auf ihn werfen. Die auffälligen Aeußerungen, die nach einer Darstellung der „Freis. Ztg." Fürst Bismarck gegen den Centralverband der Industriellen gethan haben sollte, werden von demselben als willkürliche Kombinationen erklärt. Wir hatten von ihnen keine Notiz genommen. Es liegt im allgemeinen Interesse, daß dieses Kapitel geschlossen wird.

Die Verhandlungen des preuß. Abgeordnetenhauses über die Eisenbahntarife verdienen auch im übrigen Deutschland alle Beachtung. Es war beantragt worden, die Eisenbahntarife für deutsches Getreide und Mehl aus den Ostprovinzen nach den westlichen, insbesondere nach Köln und Frankfurt herabzusetzen. Der Antrag wurde der Staatsregierung zur Prüfung überwiesen. Er ist aus der Nothlage der Landwirthschaft in den preuß. Ostprovinzen hervorgegangen. Diese haben keinen Markt mehr, wo sie ihre hauptsächlichsten landwirthschaftlichen Erzeugnisse absetzen können. Ihr früheres Hauptabsatzgebiet, England, ist durch die massenhafte Zufuhr amerikanischen und australischen Getreides verloren gegangen. Einen neuen Absatzmarkt sich im deutschen Westen zu suchen, hindern die hohen Eisenbahntarife. So erstickt der deutsche Osten in seinem Korn und verarmt dabei. Von allen Seiten wurde die Nothlage der Ostprovinzen zugestanden. In den letzten 3 Jahren allein haben sich die Hypothekenschulden in Ostpreußen um 64 Mill. vermehrt; die Schuldzinsen davon fließen aber nach Berlin und anderen Großstädten im Westen ab. Infolgedessen vermehren sich in den Ostprovinzen die zwangsweisen Versteigerungen der Güter; in den letzten Jahren fielen von derartigen Versteigerungen 88 Proz. auf den Osten und nur 12 auf den Westen der preuß. Monarchie. Von dem Rückgange des Wohlstandes im deutschen Osten wurden noch mehrere andere schlagende Beweise beigebracht. Die Erhaltung einer leistungsfähigen Landwirthschaft aber liegt im allgemeinen Staatsinteresse. Nur die Sozialdemokratie jubelt auf, wenn es der Landwirthschaft übel ergeht. Lohnt diese nicht mehr, kommen immer mehr Bauern- und Rittergüter unter den Hammer, so wird der Prozeß der Anhäufung des Besitzes in den Händen des Großkapitals beschleunigt und mit der Hand voll Großkapitalisten hofft die Sozialdemokratie leichter fertig werden zu können, als wenn der Besitz von Grund und Boden und anderen Kapitalien von einer breiten, zahlreichen Schicht von Eigenthümern vertheidigt wird. Zehntausend von Bauern, Fabrikanten und Handwerkern sind eben nicht so leicht zu verspeisen, als eine Hand voll Großmillionäre. Also Alles, was dazu hilft, die dem Staatswohl widerstreitende Aufsaugung des Grundbesitzes durch den Kapitalismus abzuwehren, verdient Unterstützung.

Nun ergab sich aber in den Verhandlungen, daß die Landwirthschaft der preußischen Westprovinzen gegen die Verbilligung der Zufuhr ostpreußischen Getreides sich sträubt. Sie will die ihr dadurch erwachsende Concurrenz abwehren. Es läuft hier ein gutes Stück Kurzsichtigkeit unter. Lohnt es sich nicht mehr, den schlechteren Boden zu bebauen, wird derselbe erträgnißlos gemacht, so tritt unfehlbar die Wirkung ein, daß auch der bessere Boden geringeren Ertrag liefert und im Werthe sinkt. Da also ein allgemeines Interesse der deutschen Landwirthschaft vorliegt, so ist es nicht zu viel verlangt, daß der deutsche Westen zu Gunsten des deutschen Ostens ein kleines Opfer bringt. Ist es denn ein natürlicher Zustand, wenn, wie es jetzt der Fall ist, die Landwirthe im Osten Deutschlands ihr Getreide nicht los werden können, während in Köln und Frankfurt a. M. russisches, amerikanisches und indisches Getreide den Markt überschwemmt? Der oberste Grundsatz muß doch sein, daß der deutsche Markt in erster Linie der deutschen Arbeit gehört! Daher verdient der Vorschlag ernste Prüfung, durch Ermäßigung der Eisenbahntarife den Absatz östlichen Getreides im deutschen Westen zu erleichtern. Welche Tarifermäßigungen sich empfehlen, bedarf allerdings genauer Untersuchung. Wenn wirklich der Westen Deutschlands den stärkereichen Weizen Ostpreußens nicht haben mag, sondern den kleberreicheren russischen vorzieht, so wird man ihm nicht den ersteren aufzwingen dürfen. Will man dem Haupterzeugniß Ostdeutschlands, dem Getreide, genügende Absatzmärkte schaffen, so strebe man die Wiedergewinnung des alten englischen Marktes an. Vielleicht empfiehlt sich da die Aufhebung des Identitätsnachweises. Zunächst ist durch Annahme des Antrages, zu untersuchen, welche Wirkung die Ermäßigung der Eisenbahnfrachten für landwirthschaftliche Erzeugnisse ausübt, der Anstoß gegeben, dem Nothstande des Ostens Abhilfe zu gewähren.

Wohl oder übel muß sich die Tagespresse ununterbrochen mit dem 1. Mai beschäftigen. Denn die Bemühungen, die Arbeiter zu Straßenkundgebungen aufzuwiegeln, dauern trotz aller Abmahnungen ihrer eigenen Abgeordneten dagegen fort. Erfreulich ist die ruhige, feste Haltung, welche die Regierungen einnehmen und die Entschlossenheit, mit welcher die Arbeitgeber dem Versuche, sie zu vergewaltigen, entgegentreten. Die Arbeiter wissen jetzt, woran sie sind, wenn sie den 1. Mai blau machen wollen. Die ganze Forderung des Achtstundentages ist nur ein Aushängeschild für ganz andere Dinge. Die sozialistischen Reichstags-Abgeordneten kennen die Gefahr, die ihre Anhänger dabei laufen. Sie wissen sehr genau, daß wenn auch die Arbeiter gewillt sind, die Ordnung aufrecht zu erhalten, der Zutritt Beschäftigungsloser und anderer Elemente, die bei solchen Gelegenheiten wie aus der Erde wachsen, die schönsten Vorsätze über den Haufen werfen. Die Führer verlieren dann die Leitung der Massen. Schon jetzt müssen sie's erleben, daß sich die gewaltthätigeren ihrer Genossen sich über ihre Befehle hinwegsetzen. Freilich tragen die sozialistischen Abgeordneten daran eine wesentliche Schuld. Erst den Maximalarbeitstag als nutzlos verwerfen, gleichzeitig aber die Einführung des 10-Stundentages fordern und jetzt gar den Achtstundentag verlangen — wo ist denn da Logik dabei? Das muß ihren Anhang verwirren. Die deutschen Arbeiter sollen sich für den Achtstundentag erklären, während Herr Bebel in Paris selbst sagte, derselbe habe zunächst nicht für Deutschland Interesse? Ja, wozu braucht's denn da Kundgebungen dafür? Der Achtstundentag wäre das größte Unglück für die Arbeiter, er würde nur die Zahl der Beschäftigungslosen, die sogen. industrielle Reservearmee, gewaltig vermehren. Gerade die gegenwärtigen Zeiten sind die ungeeignetsten zur Erhebung einer so unsinnigen Forderung. Sehen wir nicht täglich, wie Streiks ungünstig verlaufen, weil es Arbeitskräfte zum Ersatz in Hülle und Fülle giebt? Müssen nicht Scharen böhmischer Maurer zurück in ihre Heimath, weil sie hier keine lohnende Arbeit finden? Wie viele Bauten werden jetzt unterlassen, wie viele Fabriken schränken ihren Betrieb ein, weil die künstlich geschürte Aufregung kein Vertrauen aufkommen läßt! Wer die Arbeiter mit dem Achtstundentag beglücken will, zielt vollbewußt darauf ab, Unzählige brotlos zu machen, sie in Noth und Verzweiflung zu stürzen, damit sie sich empören. Die Arbeitgeber aber sind entschlossen, der übermüthigen Herausforderung mit den geeigneten Mitteln zu begegnen. Der wahre Arbeiterfreund ruft ihnen zu: Betheiligt Euch nicht an den Kundgebungen des 1. Mai, sie mögen heißen wie sie wollen!

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 25. April.

Berlin. Der Kaiser ist heute Abend von Straßburg nach Darmstadt gereist, von wo er sich am 28. früh zum Besuche der Wartburg nach Eisenach begiebt. — Die Nachricht, Kaiser Franz Joseph von Oesterreich würde Anfang Mai zum Besuche des Kaisers nach Potsdam kommen, findet, wie aus Wien gemeldet wird, in den dortigen maßgebenden Kreisen keine Bestätigung. — Der Oberbürgermeister von Dresden, Dr. Stübel, ist hier eingetroffen, gleichzeitig auch die Oberbürgermeister von Frankfurt a. M., Crefeld, Barmen, Essen und Minden. — Die „Nordd. Allg. Ztg." bringt folgendes Schreiben des Fürsten Bismarck: Bei der großen Anzahl von Bittgesuchen, welche mit Anlagen beschwert bei mir eingehen, ist es mir nicht möglich, letztere regelmäßig an die Absender zurückgelangen zu lassen. Ich ersuche deshalb die Herren Einsender, sich gewärtig zu halten, daß sie auf eine Zurücksendung der Anlagen ihrer Gesuche nicht rechnen können, auch dann nicht, wenn dieselben in Pfandscheinen, Zeugnissen und sonstigen Dokumenten bestehen. — Betreffs der für den 1. Mai von den Sozialdemokraten geplanten Demonstration hat die Generalversammlung des Vereins Berliner Eisengießereien, Maschinenfabriken und verwandter Betriebe einstimmig folgende Beschlüsse gefaßt: Am 1. Mai wird in sämmtlichen Vereinswerkstätten bis zum Schluß der regelmäßigen Arbeitszeit gearbeitet. Wer dem nicht nachkommt, wird entlassen und darf vor dem 9. Mai in keiner Vereinswerkstätte wieder Annahme finden. Es wird eine Liste der am 1. Mai in den Vereinswerkstätten Feiernden sämmtlichen Mitgliedern des Vereins zugestellt werden. Schließlich wird allen am 1. Mai Arbeitenden der ausdrückliche Schutz auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung zugesichert. — In der gestern stattgefundenen Bundesrathssitzung wurde dem Antrag Windthorst wegen Aufhebung des Expatriirungsgesetzes die Zustimmung ertheilt. — Der Vertrag mit der Aktiengesellschaft „deutsche Ostafrika-Linie" zu Hamburg über die Einrichtung und den Betrieb einer regelmäßigen deutschen Postdampferverbindung nach Ostafrika wurde genehmigt, ebenso das Uebereinkommen zwischen Deutschland und den Niederlanden zum Schutz verkuppelter weiblicher Personen, sowie auch die Abänderung des Posttarifes.

Berlin. Die Erwartung, daß sich heute der Reichskanzler v. Caprivi im preußischen Herrenhause in ähnlicher Weise einführen werde, wie s. Z. im Abgeordnetenhause, hat sich nicht erfüllt. Es wird angenommen, daß Herr v. Caprivi erst zur Etatberathung erscheinen werde. Das Herrenhaus nahm das Rentengütergesetz nach langer Debatte in der Form der Kommission an. — Das Abgeordnetenhaus berieth u. A. eine Petition wegen der Kirchennoth in Berlin. Die bez. Petition des Probstes Frhr. v. d. Goltz wurde der Regierung mit dem Ersuchen überwiesen, das Geeignete zu veranlassen, um die finanziellen Kräfte der evang. Kirchengemeinden in der evang. Bevölkerung Berlins in vollem Umfange für die Beseitigung der kirchlichen Nothstände nutzbar zu machen. — Morgen hält das Abgeordnetenhaus keine Sitzung ab, damit den Fraktionen Gelegenheit gegeben sei, sich über die Beamtenbesoldungsvorlage und das Sperrgeldergesetz zu berathen. Beide kommen am Montag zur ersten Lesung.

Berlin. Die Berliner Gartenbauausstellung ist heute durch die Kaiserin als Protektorin eröffnet worden. Im Auftrage des Kaisers wohnte Prinz Friedrich Leopold der Eröffnung bei. Ferner waren erschienen der Reichskanzler v. Caprivi, die Minister, Graf Moltke, Graf Waldersee, viele Generale und andere hervorragende Persönlichkeiten. Minister Dr. v. Lucius hielt eine Ansprache, in der er das lebhafte Interesse des Hohenzollernhauses für die Gartenbaukunst historisch nachwies. Die Preisrichter haben sich bereits über einige der hervorragendsten Preise geeinigt. Den Preis des Kaisers, eine große goldene Staatsmedaille, erhielt die Firma Seidel in Striesen bei Dresden für ihre einen ganzen Saal füllende blühende Gruppe von Rododendron, welche sich durch Schönheit der Sorten, wie durch meisterhaften Aufbau auszeichnet.

Wien. Die Waffenfabrik in Steyer und die Spielwaarenfabriken in Brünn haben ihren Arbeitern den 1. Mai als Feiertag bewilligt.

Paris. Das Blatt „Paix" versichert wiederholt, Kaiser Wilhelm wünsche eine Annäherung an Frankreich auf das Ernstlichste und arbeite daran, eine solche herbeizuführen. Die öffentliche Meinung Deutschland sei unzweifelhaft mit ihm und es sei nur zu wünschen, daß auch Frankreich zur Erreichung des Zieles das Seinige thue und sich nicht für ein Schattenwesen opfere.

Die **Berliner Börse** nahm heute einen besseren Verlauf. Die meisten Course setzten höher ein, doch machte sich an den festeren Notirungen Realisationslust bemerkbar. Die Nachrichten aus Oesterreich über die Arbeiterbewegungen verstimmten. Von Banken waren namentlich Dresdner Bank wesentlich besser, von Bahnen stellten sich Lübecker und Mainzer höher, während Ostpreußen und Marienburger schwächer waren. Oesterreichische Bahnen waren wenig verändert. Bergwerke setzten durchweg höher ein und waren belebt, fremde Renten vernachlässigt, nur Russen gut gefragt. Im späteren Verlauf fanden zahlreiche Schwankungen statt. Banken konnten die Anfangscourse nicht behaupten, stark schwankten besonders Bergwerke. Im Kassaverkehr waren Banken fest, deutsche Bahnen ziemlich lebhaft und fest, ebenso österreichische. Für Bergwerke und andere Industrieen bestand gleichfalls feste Stimmung bei lebhaften Umsätzen, deutsche Fonds und österreichische Prioritäten fest. Privatdiskont 2¾ Proz. Nachbörse schwankend. — Wetter: Meist regnerisch, Südsüdost-Wind.

Frankfurt a. M. (Abends.) Credit 292,50. Staatsb. 154,60. Lomb. 141,40. Galizier —,—. Egypter 96,00. Unga. Ung. Goldr. —,—. Disconto 212,40. Dresdn. Bk. 142,50. Laura —,—. Gelsenkirchen —,—. Ruhig.

Wien. (Abends.) Credit 294,77. Staatsbahn 215,50. Lombarden 119,50. Nordwest 203,25. Banknoten 58,27. Ung. Credit 330,75. Schwächer.

Paris. (Schluß.) Rente 89,65. Anleihe 106,85. Italiener 94,07. Staatsbahn 465,00. Lombarden 275,00. do. Prioritäten —. Spanier 72. Egypter 485,93. Ottomanen 560,00. Escompte 612,50. Fest.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per April 24,30, per Sept.-Decbr. 25,90. behauptet. Spiritus per April 36,25, per September-Dec. 35,50, ruhig. Mehl per April 62,50, per September-December 63,40, behauptet.

Amsterdam. Produkten (Schluß). Weizen per Mai 205, per Novbr. 198. Roggen per Mai 135, per October 128.

London (Produkten-Bericht). Feiner englischer und russischer Weizen ½ Sch., amerikanischer mitunter ½ Sch. theurer, fürmliche Nachfrage. Hafer fremder, russischer anziehend. Uebriges fritig.

Oertliches und Sächsisches.

— Se. Königl. Hoheit der **Prinz Georg** reiste gestern in seiner Eigenschaft als kommandirender General um 7 Uhr 22 Minuten Abends nach Leipzig. Die Rückkehr erfolgt heute.

— Vorgestern beehrte die Frau Herzogin von **Schleswig-Holstein** die Ausstellung von Reproduktionen nach Werken französischer Maler des 19. Jahrhunderts in der Arnold'schen Hofkunsthandlung mit ihrem Besuche.

— Seitens des Königl. Hausministeriums wird Folgendes öffentlich bekannt gegeben: „Sr. Majestät dem **Könige** sind aus Anlaß des Allerhöchsten Geburtsfestes aus allen Theilen des Landes von Behörden, Korporationen, Vereinen, Festversammlungen und von Einzelnen aus allen Klassen der Bevölkerung in Adressen, Telegrammen und Zuschriften, Glück- und Segenswünsche in überaus reichem Maße zugegangen. Hocherfreut und gerührt von diesen Beweisen allgemeiner Theilnahme und treuer Anhänglichkeit, haben Se. Majestät das Ministerium des Königl. Hauses beauftragt, allen Glückwünschenden Allerhöchst ihren herzlichen Dank hierdurch auszudrücken". Gezeichnet: v. Nostitz-Wallwitz.

— Der zum Ehrenritter der Balley Brandenburg des Johanniter-Ordens ernannte Staatsanwalt Maximilian v. **Beschwitz** in Dresden erhielt die Erlaubniß, die mit diesem Orden verbundenen Insignien anzulegen.

— Aus der vorgestrigen öffentlichen Sitzung der **Stadtverordneten** ist nicht viel mitzutheilen. Dem erkrankten Oberlehrer an der Annenschule, Dr. Dolch, wurde ein weiterer Urlaub auf drei Monate ertheilt und dabei ein Stellvertretungsaufwand von 300 Mk. bewilligt. Weiter bewilligte man als Beihilfen zur Anschaffung von Dienstkleidung an einige Beamte des Tiefbauwesens 280 Mk. und 75 Mk. Entschädigung für eine Dienstwohnung an den Rathspolier Schubert, wie ferner 9197 Mk. für einige bauliche Herstellungen in den Grundstücken Kreuzstraße 14, 15 und 16 und an der Kreuzkirche 6. — Daß zur bleibenden Erneuerung an das Wettiner Jubelfest auf dem Platze am Taschenberg ein monumentaler Obelisk nach dem Schilling-Gräbner'schen Entwurfe auf granitenem Sockel in Kupfer und Bronce ausgeführt werden soll, ist bekannt und in diesem Blatte schon wiederholt erwähnt worden. Die Stadtverordneten ertheilten dazu Zustimmung, daß für diesen Zweck seiten der Stadt von den für das Wettinerfest bewilligten Summen 20,000 Mk. verfügbar gemacht werden; die noch fehlenden Summen — der Obelisk wird etwa 100,000 Mk. kosten — werden aus dem Verschönerungsfonds der Dr. Günz'schen Stift-

Friedrich & Glöckner,
Zwingerstr. 15, Schäferstr. 74 und Löbtau.
Spec.-Geschäfte f. Lacke, Firnisse u. Farbenwaaren, eigene Fabrikation.